

Wohin will die AfD mit der Rente?

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie den Arzt oder Apotheker – oder direkt Ihre Gewerkschaft

„Die AfD fordert, die Rente zukünftig bei Erreichen einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit statt, wie bisher vom Lebensalter abhängig, zu gewähren“, so die Formulierung im Entwurf zum Leitantrag zum Bundestagswahlprogramm der AfD. Der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen hat diese Lebensarbeitszeit bei der Pressekonferenz zur Vorstellung dieses Leitantrags mit 45 Jahren angegeben. Was auf den ersten Blick vielleicht gut aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als massive Rentenkürzung für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nach 45 Arbeitsjahren abschlagsfrei in Rente - das wollen die Gewerkschaften auch, irgendwann muss schließlich mal gut sein nach einem langen Arbeitsleben. Und dann soll die Rente auch reichen. Aber die AfD streicht ein festes Rentenalter. Alle, die die 45 Jahre noch nicht voll haben, bekommen die Rente erst, wenn sie die Zeit zusammen haben – egal ob mit 70, 75 oder wann auch immer. Und die, die eine so lange Zeit in der Rentenversicherung – oft ohne jedes eigene Verschulden – gar nicht zusammen bekommen, gehen leer aus, wenn mit dem Renteneintrittsalter der Zeitpunkt gestrichen wird, zu dem ihre Ansprüche fällig werden. Aber eins nach dem andern:

Rente mit 70 durch die Hintertür?

Die AfD spricht von „einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit“. Was das ist, lässt sie – wie so vieles – offen. Aber um sich ein Bild von der Wirkung ihrer wohlklingenden Forderung zu machen, bleibt einem nichts anderes übrig, als einige Annahmen zu treffen. Nehmen wir also einmal an, die 45 Jahre würden großzügig gezählt: Alle Beitragszeiten aus Arbeit, Arbeitslosigkeit, Krankengeld, Hartz IV (2005 bis 2010) würden zählen. Ebenso Zeiten der Pflege und pro Kind bis zu zehn Jahre Kindererziehung. Nicht gezählt würden Schule, Hochschule und Fachschule oder Hartz IV (ab 2011). Selbst so großzügig gerechnet, bekäme die Mehrheit (55%) die 45 Jahre bis zum 65. Lebensjahr nicht voll (vgl. Tabelle), müsste also über 65 hinaus weiter arbeiten. Viele (40 Prozent) müssten sogar über 70 hinaus arbeiten, denn ihnen fehlen mit 65 noch mehr als fünf Jahre für die 45 Jahre. Für jede zweite Frau bedeuten die Pläne der AfD: Sie muss weiter über 70 hinaus arbeiten (bis zu zehn Jahre Kindererziehung schon angerechnet).

		Keine 45 Jahre bis	Anzahl	Anteil an allen
Männer und Frauen	Ost und West	70 Jahre	293.994	39,1%
		65 Jahre	413.406	55,0%
	West	70 Jahre	260.339	44,2%
		65 Jahre	339.721	57,6%
	Ost	70 Jahre	33.655	20,7%
		65 Jahre	73.685	45,3%
Männer	Ost und West	70 Jahre	101.161	28,6%
		65 Jahre	156.831	44,4%
	West	70 Jahre	85.205	31,5%
		65 Jahre	122.022	45,1%
	Ost	70 Jahre	15.956	19,3%
		65 Jahre	34.809	42,1%
Frauen	Ost und West	70 Jahre	192.833	48,3%
		65 Jahre	256.575	64,3%
	West	70 Jahre	175.134	54,9%
		65 Jahre	217.699	68,3%
	Ost	70 Jahre	17.699	22,1%
		65 Jahre	38.876	48,5%

Quelle: DRV Bund, Rentenzugang 2015; eigene Berechnungen und Darstellungen

... und raus bist du

Wenn nur noch die 45 Versicherungsjahre zählen, dann werden viele weder mit 65, mit 67 noch mit 70 einen Anspruch auf Rente geltend machen können. Wie sonst wäre die Position der AfD, Rente nur „*bei Erreichen einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit statt, ... vom Lebensalter abhängig*“ zu zahlen, zu verstehen? Viele schaffen nur zehn, 15 oder 20 Jahre in ordentlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Gerade in den vergangenen Jahren haben durchbrochene Erwerbsbiographien mit dem Wechsel zwischen versicherter Beschäftigung, Selbstständigkeit, Werkverträgen, Arbeitslosigkeit stark zugenommen, besonders in strukturschwachen Gebieten. An den 45 Jahren fehlen nicht bloß Zeiten der Kindererziehung – die will die AfD ja durchaus besser stellen, sondern z.B. auch Zeiten von Langzeitarbeitslosigkeit. Solche durchbrochenen Erwerbsbiographien fallen bei der Forderung der AfD völlig durch die Roste. Heute reichen beim gesetzlichen Renteneintrittsalter – aktuell 65 Jahre und sechs Monate – fünf Beitragsjahre, welche im Lauf des Arbeitslebens gesammelt werden können, damit später eine Rente ausbezahlt wird. Oder eben auch nicht – wenn es nach der AfD ginge.

Einige Beispiele:

Ein Mann, der nach dem Gymnasium mit 19 Jahren eine dreijährige schulische Ausbildung zum Erzieher absolviert, beginnt mit 22 Jahren im Beruf zu arbeiten. Selbst bei durchgängiger Arbeit könnte er, nach dem Willen der AfD, frühestens mit 67 Jahren in Rente gehen. Wäre er zwischendurch noch ein paar Jahre arbeitslos, muss er bis 70 oder länger durchhalten – als Erzieher in der Kita mehr als eine Herausforderung.

Eine Ingenieurin, die fünf Jahre nach dem Abitur mit 24 Jahren ihren Master an der Fachhochschule abschließt, bekommt die 45 Jahre nicht vor dem 69. Lebensjahr voll.

Der Angestellte, der mit 38 Jahren seinen Job nach 20 Jahren verliert, schlägt sich zehn Jahre als kleiner Selbstständiger durch – mit einem Kiosk oder einer Buchhandlung, als Handelsvertreter oder mit Werkverträgen. Aufgrund der Lücke kann er die 45 Jahre nicht vor dem 73. Lebensjahr voll bekommen. Sollte er selbständig bleiben, mit Insolvenz oder Arbeitslosigkeit oder auch mit Erfolg, geht ihm der Anspruch aus den 20 Jahren Rentenversicherung ganz verloren. Und in die gesetzliche Rente aufnehmen möchte die AfD ja Selbstständige ausdrücklich nicht.

Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung – nicht mit der AfD!

Für den DGB sind genau diese durchbrochenen Erwerbsbiographien ein wichtiges Argument dafür, dass alle – und als allererstes Selbstständige – in den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung gehören. Denn wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung stärken und zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen, in die auf lange Sicht alle hineingehören. Aber eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung ist offensichtlich die Angelegenheit der AfD nicht – selbst die Abgeordneten will sie nicht in die gesetzliche Rente einbeziehen. Wir fordern das schon lange, gerade weil diejenigen, die die Gesetze zur Rente machen, auch selbst in das größte Alterssicherungssystem hineingehören sollten. Aber die AfD will sie nicht in der gesetzlichen Rente, sondern sie sollen künftig eine private Rentenversicherung abschließen müssen – statt der Abgeordnetenversorgung.

Entscheidend für die Zukunft der gesetzlichen Rente ist, dass die Rente nicht weiter gekürzt wird, sondern das Niveau jetzt stabilisiert und im weiteren Schritt angehoben wird. Wird der Kurswechsel nicht endlich in Angriff genommen, sinkt das Niveau weiter bis auf unter 42% in den 2040er Jahren. Das bedeutet sozialen Abstieg im Alter, für viele Altersarmut. Deshalb haben die Gewerkschaften die Forderung nach diesem Kurswechsel ganz nach vorn gestellt – bei der AfD davon keine Spur. Am sinkenden Rentenniveau will die AfD gar nichts ändern. Sie will den Beitragssatz niedrig halten, ein Geschenk an die Arbeitgeber. Denn ein sinkendes Rentenniveau bezahlen die Beschäftigten. Sie sollen, aus Sicht der AfD, noch mehr aus ihrer eigenen Tasche in kapitalgedeckte Rentenversicherungen stecken, gefördert durch Steuererleichterungen. Das würde den Staat nochmals Milliarden kosten, hilft aber wieder nur denjenigen mit hohem Einkommen. Familien mit normalem Lohn haben praktisch nichts davon.

Die AfD will die Sozialabgaben und die Steuern senken, die Familien zusätzlich entlasten, die Erbschafts- und Vermögenssteuer abschaffen. Kurz um: Mit der AfD nehmen Staat und Rentenversicherung deutlich weniger ein. Vor allem die Reichen leisten noch weniger Beitrag zum Gemeinwohl. Gleichzeitig will die AfD nicht zuletzt in der gesetzlichen Rente deutlich mehr ausgeben bspw. für höhere Mütterrenten – allein diese kosten pro zusätzliches Jahr Kindererziehung mindestens sieben Milliarden Euro. Den Bundeszuschuss will die AfD um zusätzliche mittlere zweistellige Milliarden Beträge aufstocken. Das hilft in erster Linie den Unternehmen, da sie weniger Beiträge zur Rente zahlen, die Arbeitnehmer sollen ja privat drauflegen. Wo die AfD das viele Geld herzaubert, das sie vor allem den Reichen durch niedrigere Steuern und Sozialbeiträge schenkt, sagt sie nicht. Bei den geflüchteten Menschen jedenfalls kann selbst die AfD diese Summen nicht mal im Ansatz einsparen.